

W-03 Arbeit entlasten, Reichtum verpflichten

Gremium: Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft & Finanzen
Beschlussdatum: 26.09.2026
Tagesordnungspunkt: W TOP 06 - Starke Wirtschaft, faire Chancen

Antragstext

1 Einordnung

Seit den 1970er-Jahren ist die deutsche Wirtschaft stark gewachsen. Während die Produktivität enorm gestiegen ist, haben sich die realen Löhne davon entkoppelt. Der erwirtschaftete Wohlstand ist höchst ungleich verteilt: Ein großer Teil konzentriert sich auf sehr wenige Haushalte, zwei Familien besitzen mehr als die ärmere Bevölkerungshälfte. Deutschland gehört damit zu den Ländern mit der stärksten Vermögenskonzentration in Europa. Das heutige Niveau der Ungleichheit ähnelt wieder der Situation vor dem Ersten Weltkrieg – kein Zufall, sondern Ergebnis wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen.

10 Vermögenswerte steigen und verstärken Ungleichheit

Seit den 1980er-Jahren sind viele Vermögenswerte im Preis stark gestiegen: Immobilien, Unternehmensanteile, Finanzanlagen. Wer Vermögen besitzt, kann von Renditen, Zinsen und Wertsteigerungen profitieren, die das allgemeine Wirtschaftswachstum weit übersteigen – nicht durch Arbeit, sondern durch steigende Marktwerte.

Menschen in der gesellschaftlichen Mitte, die vor allem von ihrer Arbeit leben, haben diese Möglichkeit meist nicht. Ihre Einkommen steigen langsamer, und für viele ist selbst mit Vollzeitjob ein Vermögensaufbau schwierig. Steigende Mieten, Lebensmittelkosten und Energiepreise fressen den Spielraum auf. Wohlstand beruht also nicht mehr in erster Linie auf Arbeitseinkommen, sondern auf bereits vorhandenem Vermögen.

22 Vermögen wird niedriger besteuert als Arbeit

Gleichzeitig setzt unser Steuersystem falsche Anreize: Arbeitseinkommen werden hoch und progressiv besteuert – mit Steuersätzen von bis zu 45 % plus Sozialabgaben. Kapital kann sich in Holding-Strukturen deutlich geringer besteuert akkumulieren. Nach jahrelanger Vermehrung kommt bei Ausschüttung dann nur die pauschale Abgeltungssteuer von 25 % zum Tragen, obwohl die Kapitalerträge meist im Bereich höherer Steuersätze liegen. Private Immobilienverkäufe sind nach zehn Jahren steuerfrei, große Vermögen profitieren von Erbschaftsteuerprivilegien. Knapp die Hälfte der Steuereinnahmen stammt aus Lohn- und Mehrwertsteuer, die Erbschaftsteuer macht nur 1 % aus, eine Vermögensteuer gibt es seit 1997 nicht mehr. Diese Schieflage gefährdet sozialen Zusammenhalt, Chancengerechtigkeit und Vertrauen in das Versprechen, dass Leistung zählt. Das ist eine strukturelle Schieflage: Arbeit wird belastet, Reichtum wird geschont.

36 Die zunehmende Vermögenskonzentration entsteht dabei nicht zufällig, sondern
37 auch durch politische Gestaltung: Vermögende und Unternehmen setzen ihre
38 Interessen mit gezielter Einflussnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung durch,
39 während die Zivilgesellschaft über deutlich kleinere Interessensvertretungen
40 verfügt.

41 Forderungen

42 Es ist Zeit für einen Kurswechsel. Dieser umfasst Komponenten vom Mietrecht über
43 Verbraucher*innenschutz bis hin zur Finanzaufsicht. In diesem Antrag fokussieren
44 wir uns auf Vorschläge, die das Netto-Einkommen aus Arbeit anheben und
45 staatliche Leistungen zu einem größeren Teil aus vermögensbezogenen Steuern
46 finanzieren. Hohe Vermögen sollen angemessen beteiligt werden. So stärken wir
47 die Kaufkraft der Mitte, schaffen echte Aufstiegschancen und sichern die Zukunft
48 einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft.

49 Arbeit entlasten

50 Wer arbeitet, soll davon gut leben können. Aktuell frisst die Steuer- und
51 Abgabenlast einen spürbaren Teil des Bruttolohns auf, besonders in der Mitte der
52 Einkommensverteilung. Gleichzeitig belastet die Mehrwertsteuer Haushalte mit
53 geringem Einkommen überproportional, da sie einen größeren Anteil ihres
54 Einkommens für Konsum ausgeben. Wir schlagen mehrere Maßnahmen vor, die zusammen
55 eine Entlastung im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich jährlich bewirken
56 könnten.

57 Einkommensteuer und Sozialbeiträge deutlich senken

58 Die Bundesregierung verschob die Tarifeckwerte der Einkommensteuer zuletzt 2026
59 um 2 % als Inflationsausgleich. Wir schlagen vor, diesen Schritt deutlich größer
60 zu denken: Eine Verschiebung des Grundfreibetrags bei gleichzeitiger Anhebung
61 höherer Grenzsteuersätze könnte die Steuerlast für gering und durchschnittlich
62 verdienende Arbeitnehmende spürbar senken. Steuersenkungen kommen jedoch einem
63 Teil der Arbeitnehmenden nicht zugute, da ihre Einkommen unterhalb des
64 Grundfreibetrags liegen. Es braucht deshalb parallel eine Senkung der
65 Sozialabgaben, insbesondere der Krankenkassenbeiträge, um rund 2 Prozentpunkte,
66 um auch diese Gruppe spürbar zu entlasten. Auch Maßnahmen zur gezielten Stärkung
67 von Alleinerziehenden und Familien unterstützen wir ausdrücklich.

68 Vermögensaufbau fördern

69 Wer arbeitet, muss die Chance haben, Vermögen aufzubauen. Doch fast die Hälfte
70 der Bürger*innen verfügt über nicht einmal 2.000 Euro an Rücklagen, während
71 große Vermögen kontinuierlich wachsen. Ursache dafür ist auch die
72 Vermögenspreisinflation: Steigende Vermögenspreise erhöhen den Wohlstand
73 derjenigen, die bereits Vermögen besitzen, während der Großteil der Bevölkerung
74 an dieser Entwicklung kaum teilhaben kann. Die direkte Beteiligung an
75 Produktivvermögen kann diesen Effekt wirksam begrenzen.

76 Wir fordern daher die Einführung eines öffentlichen Bürgerfonds, der allen
77 Bürger*innen einen einfachen Zugang zu den Erträgen des Produktivvermögens
78 ermöglicht. Bürger*innen, die kaum oder keine Ersparnisse aufbauen können,
79 sollen durch aus Steuern finanzierte Fondsanteile beteiligt werden. Ergänzend

80 wollen wir die Arbeitnehmer-Sparzulage sowie den Sparerpauschbetrag deutlich
81 anheben, um gezielt den Vermögensaufbau von Personen mit kleinen und mittleren
82 Einkommen zu fördern. Zudem wollen wir den Erwerb von selbstgenutztem
83 Wohneigentum erleichtern.

84 Reichtum verpflichten

85 Der zweite Teil der Forderungen verfolgt das Ziel, Vermögen gleichberechtigter
86 zu besteuern. Die Reform ruht auf drei Säulen: als Hauptsäule vermögensbezogene
87 Steuern, flankiert von einer Reform der Kapitalertragsteuer und abgesichert
88 durch eine stärkere Finanzverwaltung und konsequentere Verfolgung von
89 Steuerkriminalität.

90 Die Zucman-Tax

91 Während Menschen mit reinen Lohneinkünften effektiv bis zu 50 % ihres Einkommens
92 als Steuern und Abgaben abführen müssen, zahlen Milliardäre im Durchschnitt
93 lediglich rund 25 %, weil ihr Vermögen in Holdingstrukturen weitgehend unberührt
94 von Steuern akkumulieren und erst selektiv und niedrig besteuert ausgeschüttet
95 wird. Es gibt inzwischen sogar den ersten Billionär der Welt. Solche
96 Vermögensumfänge gehen mit einer Machtkonzentration einher, die einer an
97 Gleichberechtigung orientierten Gesellschaft schadet. Zudem beteiligen sich
98 Vermögende im Vergleich zu wenig an den Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge.

99 Als Antwort schlagen wir die Einführung einer globalen Mindeststeuer auf sehr
100 hohe Vermögen vor, angelehnt an den Vorschlag des Ökonomen Gabriel Zucman im
101 Auftrag der G20. Das Prinzip ist einfach: Ab einem Nettovermögen in bestimmter
102 Höhe fällt jährlich ein bestimmter Prozentsatz Steuern darauf an, unabhängig
103 davon, in welcher Form das Vermögen gehalten wird. Es gibt keine Ausnahmen für
104 Immobilien- oder Betriebsvermögen, und der tatsächlich gezahlte effektive
105 Steuersatz wird angerechnet. Aufgrund des hohen Freibetrags wären in Deutschland
106 lediglich rund 5.000 Personen betroffen. Die Steuer wird an die
107 Staatsbürgerschaft gekoppelt und wird auch bei vollständiger Auswanderung fällig
108 – eine ähnliche Regelung findet sich bereits heute im Außensteuergesetz.

109 Der internationale Ursprungsvorschlag sieht einen Satz von 2 % ab einem Vermögen
110 von 100 Millionen Euro vor. Dieser würde das jährliche Vermögenswachstum jedoch
111 kaum berücksichtigen: Extreme Vermögen wachsen im Schnitt um rund 7 % jährlich,
112 sodass eine 2-%-Steuer diesen Anstieg kaum bremst. Wir schlagen daher einen Satz
113 von 5 % auf sehr hohe Vermögen vor. Ab 20 Millionen Euro soll die Besteuerung
114 mit 0,5 % jährlich beginnen und progressiv ansteigen bis zu 5 % ab 100 Millionen
115 Euro. Schätzungen zufolge ergäbe allein ein Satz von 5 % auf Vermögen ab 100
116 Millionen Euro in Deutschland ein Aufkommen von rund 43 bis 56 Milliarden Euro
117 jährlich.

118 Eine Reform der Erbschaftsteuer

119 Die bereits vorgeschlagene Reform schließt mehrere Gerechtigkeitslücken und
120 reduziert insgesamt die Zahl der Steuerzahler*innen durch den Fokus auf große
121 Erbschaften. Zusätzliche Mehreinnahmen könnten vor allem durch eine progressive
122 Ausgestaltung des Steuersatzes entstehen.

123 Kapitalerträge wie Arbeit besteuern

124 Wir fordern die vollständige Integration von Kapitalerträgen in die
125 Einkommensteuer, um die pauschale Abgeltungssteuer von 25 % abzuschaffen.
126 Zinsen, Dividenden und realisierte Kursgewinne sollen dem persönlichen
127 progressiven Steuersatz unterliegen, bei Gewinnausschüttungen unter
128 Berücksichtigung der Vorbelastung durch das Teileinkünfteverfahren. Da Banken
129 Kapitalerträge automatisch melden, ist dies umsetzbar geworden.

130 Steuervermeidung beschränken, Steuerkriminalität bekämpfen

131 Eine gerechte Steuerreform bleibt wirkungslos, wenn große Vermögen und Konzerne
132 ihre Steuerlast weiterhin systematisch umgehen können. Deshalb muss eine
133 stärkere Besteuerung hoher Vermögen mit einer konsequenteren Bekämpfung von
134 Steuervermeidung und Steuerkriminalität verbunden werden. Schätzungen zufolge
135 entgehen dem Staat jährlich Einnahmen in Milliardenhöhe durch aggressive
136 Steuervermeidung, Gewinnverschiebung und organisierte Finanzkriminalität.
137 Gleichzeitig untergräbt dies das Vertrauen in die Fairness des Steuersystems:
138 Während Arbeitseinkommen transparent erfasst und besteuert werden, verfügen
139 große internationale Vermögen und Konzerne über zahlreiche Möglichkeiten, ihre
140 tatsächliche Steuerlast künstlich zu senken.

141 Wie diese Lücken geschlossen werden können, wurde bereits in einem BDK-Beschluss
142 und einem Antrag der Grünen Bundestagsfraktion ausführlich beschrieben. Konkret
143 fordern wir die Eindämmung von Steuergestaltungen bei digitalen Großkonzernen im
144 Einklang mit dem Antrag der Grünen Bundestagsfraktion für eine europäische
145 Digitalsteuer.

146 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen

147 Weitere Steuerlücken sollen geschlossen werden: die Abschaffung der
148 Verschonungsbedarfsprüfung und der Steuerfreiheit ab 300 Wohnungen bei der
149 Erbschaftsteuer, die Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden
150 Kapitalgesellschaften im Immobilienbereich ("erweiterte Grundstückskürzung"),
151 die Verhinderung von Steuerumgehung durch "Share Deals", die Abschaffung der
152 Spekulationsfrist im Immobilienbereich sowie ein hartes Vorgehen gegen
153 organisierte Steuerkriminalität wie Cum-Cum und Cum-Ex. Diese Punkte sind im
154 BDK-Beschluss "Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen" ausgeführt, auf
155 den wir hier weiter aufbauen. Auch die derzeitige Steuerfreiheit von Gewinnen
156 aus Krypto-Verkäufen nach einjähriger Haltedauer wollen wir beenden. Insgesamt
157 fordern wir eine konsequente Stärkung der Finanzverwaltung.

Einfache Sprache

158 Arbeit entlasten, Reichtum verpflichten

159 Der Antrag in einfacher Sprache

160 Darum geht es in diesem Antrag: Wer arbeitet, soll mehr vom Lohn behalten und
161 leichter Vermögen aufbauen können. Wer sehr viel Vermögen hat, soll mehr Steuern
162 zahlen.

163 Die Lage heute

164 Seit den 1970er-Jahren ist die Wirtschaft in Deutschland stark gewachsen. Die
165 Produktivität ist enorm gestiegen. Das heißt: In einer Stunde Arbeit wird heute
166 viel mehr geschafft als früher.

167 Die realen Löhne sind aber nicht im gleichen Maß mitgewachsen. „Real“ heißt: Es
168 zählt, was man sich vom Lohn wirklich kaufen kann.

169 Der Gewinn Wohlstand, der aus der starken Wirtschaft dabei entstanden ist, ist
170 sehr ungleich verteilt. Ein großer Teil gehört sehr wenigen MenschenHaushalten.
171 Zwei Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen.

172 Deutschland gehört damit zu den Ländern in Europa, in denen sich das Vermögen am
173 stärksten bei wenigen sammelt. Die Ungleichheit ist heute wieder ähnlich groß
174 wie vor dem Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918). Das ist kein Zufall, sondern das
175 Ergebnis davon, wie Wirtschaft und Politik gestaltet sind.

176 Vermögenswerte steigen – das verstärkt die Ungleichheit

177 Seit den 1980er-Jahren sind viele Vermögenswerte stark im Preis gestiegen. Das
178 gilt für:

- 179 • Immobilien, also Häuser, Wohnungen und Grundstücke
- 180 • Anteile an Unternehmen, zum Beispiel Aktien
- 181 • Finanzanlagen, also andere Geldanlagen

182 Wer Vermögen besitzt, kann davon profitieren: durch Gewinne, Zinsen und
183 Wertsteigerungen. Diese Erträge sind viel höher als das Wachstum der Wirtschaft
184 insgesamt. Sie entstehen nicht durch Arbeit, sondern weil die Werte am Markt
185 steigen.

186 Menschen in der Mitte der Gesellschaft leben vor allem von ihrer Arbeit. Sie
187 haben diese Möglichkeit meistens nicht. Ihr Einkommen steigt langsamer.

188 Für viele ist es selbst mit einem Vollzeitjob schwer, Vermögen aufzubauen. Denn
189 Mieten, Lebensmittel und Energie werden teurer. Dadurch bleibt wenig Geld übrig.

190 Wohlstand hängt also heute vor allem davon ab, ob jemand schon Vermögen hat. Das
191 Einkommen aus Arbeit ist dafür nicht mehr das Wichtigste.

192 Vermögen wird niedriger besteuert als Arbeit

193 Gleichzeitig setzt unser Steuersystem falsche Anreize. Denn Arbeit und Vermögen
194 werden sehr unterschiedlich besteuert.

195 Arbeit wird hoch besteuert:

- 196 • Je mehr man verdient, desto höher ist der Steuersatz. Das nennt man
197 progressiv.
- 198 • Der Steuersatz liegt bei bis zu 45 Prozent.
- 199 • Dazu kommen die Sozialabgaben. Das sind die Beiträge für Rente, Kranken-,
200 Pflege- und Arbeitslosenversicherung.

201 Vermögen wird niedriger besteuert:

202 • Kapital, also angelegtes Geld, kann in sogenannten Holdings wachsen. Eine
203 Holding ist eine Firma, der vor allem Anteile an anderen Firmen gehören. Dort
204 wird das Kapital deutlich niedriger besteuert.

205 • Nach vielen Jahren zahlt die Holding Geld an die Menschen aus, denen sie
206 gehört. Dann fällt nur die Abgeltungssteuer an, also die Steuer auf
207 Kapitalerträge. Ihr Satz ist pauschal 25 Prozent – für alle gleich, egal wie
208 hoch das Einkommen ist.

209 • Dabei sind diese Erträge meist so hoch, dass für Lohn in gleicher Höhe ein
210 höherer Steuersatz gelten würde.

211 • Wer ein Haus oder eine Wohnung länger als 10 Jahre besitzt und dann privat
212 verkauft, zahlt keine Steuer auf den Gewinn.

213 • Große Vermögen bekommen bei der Erbschaftsteuer besondere Vorteile.

214 Auch bei den Steuereinnahmen zeigt sich das:

215 • Fast die Hälfte aller Steuereinnahmen kommt aus der Lohnsteuer und der
216 Mehrwertsteuer. Die Lohnsteuer wird direkt vom Lohn abgezogen. Die
217 Mehrwertsteuer steckt in den Preisen beim Einkaufen.

218 • Die Erbschaftsteuer bringt nur 1 Prozent der Steuereinnahmen.

219 • Eine Vermögenssteuer gibt es seit 1997 nicht mehr. Das war eine Steuer, die
220 man jedes Jahr auf das eigene Vermögen zahlen musste.

221 Diese Schieflage gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft und gerechte
222 Chancen für alle. Sie gefährdet auch das Vertrauen in ein wichtiges Versprechen:
223 Wer etwas leistet, kann etwas erreichen.

224 Die Schieflage steckt im System selbst: Arbeit wird belastet, Reichtum wird
225 geschont.

226 Dass sich immer mehr Vermögen bei wenigen sammelt, ist kein Zufall. Es liegt
227 auch an politischen Entscheidungen. Reiche Menschen und Unternehmen nehmen
228 gezielt Einfluss auf Gesetze und Behörden und setzen so ihre Interessen durch.

229 Die Zivilgesellschaft hat dagegen viel kleinere Organisationen, die ihre
230 Interessen vertreten. Zur Zivilgesellschaft gehören zum Beispiel Vereine,
231 Verbände und Bürgerinitiativen.

232 Unsere Forderungen

233 Es ist Zeit, die Richtung zu ändern. Dazu gehören viele Bereiche: vom Mietrecht
234 über den Schutz von Verbraucher*innen bis zur Aufsicht über Banken und
235 Finanzmärkte.

236 In diesem Antrag geht es um Vorschläge für zwei Ziele:

237 1. Vom Lohn soll mehr übrig bleiben. Gemeint ist das Netto-Einkommen aus Arbeit,
238 also das Geld nach Abzug von Steuern und Abgaben.

239 2. Der Staat soll seine Leistungen zu einem größeren Teil mit Steuern auf
240 Vermögen bezahlen.

241 Wer ein hohes Vermögen hat, soll einen angemessenen Beitrag leisten.

242 So stärken wir die Kaufkraft der Mitte: Menschen mit mittlerem Einkommen können
243 sich mehr leisten. Wir schaffen echte Chancen, aufzusteigen. Und wir sichern die
244 Zukunft einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, in der Menschen
245 füreinander eintreten.

246 Teil 1: Arbeit entlasten

247 Wer arbeitet, soll davon gut leben können. Im Moment geht aber ein spürbarer
248 Teil des Bruttolohns – also des Lohns vor allen Abzügen – für Steuern und
249 Abgaben weg. Das trifft besonders Menschen mit mittlerem Einkommen.

250 Gleichzeitig belastet die Mehrwertsteuer Haushalte mit wenig Einkommen besonders
251 stark. Denn sie geben einen größeren Teil ihres Einkommens für Einkäufe aus.

252 Wir schlagen mehrere Maßnahmen vor. Zusammen könnten sie die Menschen um 10 bis
253 mehrere hundert Milliarden Euro pro Jahr entlasten.

254 Einkommensteuer und Sozialbeiträge deutlich senken

255 Bei der Einkommensteuer gibt es feste Grenzwerte. Sie legen fest, ab welchem
256 Einkommen man Steuern zahlt und ab wann höhere Steuersätze gelten. Diese
257 Grenzwerte heißen Tarifeckwerte.

258 Die Bundesregierung hat die Tarifeckwerte zuletzt 2026 um 2 Prozent angehoben.
259 Damit sollten die gestiegenen Preise ausgeglichen werden. Das nennt man
260 Inflationsausgleich.

261 Wir schlagen vor, diesen Schritt viel größer zu denken:

262 • Der Grundfreibetrag wird angehoben. Das ist der Teil des Einkommens, auf den
263 man keine Einkommensteuer zahlt.

264 • Gleichzeitig steigen die Steuersätze für höhere Einkommen.

265 So könnten Beschäftigte mit kleinem und mittlerem Einkommen spürbar weniger
266 Steuern zahlen.

267 Manche Beschäftigte haben aber nichts von niedrigeren Steuern. Denn ihr
268 Einkommen liegt unter dem Grundfreibetrag – sie zahlen also schon jetzt keine
269 Einkommensteuer.

270 Deshalb sollen gleichzeitig die Sozialabgaben um rund 2 Prozentpunkte sinken,
271 vor allem die Beiträge zur Krankenkasse. So werden auch diese Menschen spürbar
272 entlastet. Ein Beispiel für 2 Prozentpunkte: Ein Beitrag sinkt von 20 auf 18
273 Prozent.

274 Wir unterstützen ausdrücklich auch Maßnahmen, die gezielt Alleinerziehende und
275 Familien stärken.

276 Vermögensaufbau fördern

277 Wer arbeitet, muss die Chance haben, Vermögen aufzubauen. Doch fast die Hälfte
278 der Bürger*innen hat nicht einmal 2.000 Euro gespart. Große Vermögen wachsen
279 dagegen ständig weiter.

280 Ein Grund dafür ist auch die Vermögenspreisinflation. Das heißt: Die Preise für
281 Vermögenswerte wie Immobilien und Aktien steigen. Davon profitieren die
282 Menschen, die schon Vermögen besitzen – der größte Teil der Bevölkerung kann
283 daran kaum teilhaben.

284 Produktivvermögen ist Vermögen, mit dem etwas hergestellt oder erwirtschaftet
285 wird, zum Beispiel Unternehmen. Wenn Menschen direkt daran beteiligt sind, kann
286 das diesen Effekt wirksam begrenzen.

287 Wir fordern deshalb einen öffentlichen Bürgerfonds. Ein Fonds sammelt Geld und
288 legt es an, zum Beispiel in Anteilen an vielen Unternehmen. Über den Bürgerfonds
289 sollen alle Bürger*innen einfach an den Erträgen des Produktivvermögens
290 teilhaben können.

291 Manche Bürger*innen können kaum oder gar nichts sparen. Sie sollen trotzdem
292 Anteile am Fonds bekommen, bezahlt aus Steuern.

293 Außerdem wollen wir zwei bestehende Förderungen deutlich erhöhen:

294 • die Arbeitnehmer-Sparzulage: Das ist ein Zuschuss vom Staat. Ihn bekommen
295 Beschäftigte bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze, wenn sie mit bestimmten
296 Verträgen sparen.

297 • den Sparerpauschbetrag: Bis zu diesem Betrag bleiben Zinsen und andere
298 Kapitalerträge steuerfrei.

299 So fördern wir gezielt, dass Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen
300 Vermögen aufbauen. Zudem wollen wir es leichter machen, eine Wohnung oder ein
301 Haus zu kaufen, um selbst darin zu wohnen.

302 Teil 2: Reichtum verpflichten

303 Im zweiten Teil der Forderungen geht es darum, Vermögen gerechter zu besteuern.
304 Vermögen und Arbeit sollen bei den Steuern gleicher behandelt werden.

305 Die Reform hat drei Säulen:

306 1. Die Hauptsäule sind Steuern auf Vermögen, zum Beispiel auf sehr große
307 Vermögen und auf Erbschaften.

308 2. Dazu kommt eine Reform der Kapitalertragsteuer. Das ist die Steuer auf
309 Erträge aus Geldanlagen.

310 3. Abgesichert wird das durch eine stärkere Finanzverwaltung, zum Beispiel die
311 Finanzämter. Und Steuerkriminalität soll konsequenter verfolgt werden.

312 Die Zucman-Steuer

313 Menschen, die nur von ihrem Lohn leben, zahlen tatsächlich bis zu 50 Prozent
314 ihres Einkommens als Steuern und Abgaben. Milliardäre zahlen im Durchschnitt nur
315 rund 25 Prozent.

316 Der Grund: Ihr Vermögen wächst in Holdings und wird dort kaum besteuert.
317 Ausgezahlt wird nur gezielt ein Teil – und der wird niedrig besteuert.

318 Inzwischen gibt es sogar den ersten Billionär der Welt. Ein Billionär besitzt
319 mindestens 1.000 Milliarden, also 1.000-mal so viel wie 1 Milliarde. So große
320 Vermögen bedeuten auch viel Macht in wenigen Händen – das schadet einer
321 Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt sein sollen.

322 Außerdem tragen Vermögende im Vergleich zu wenig zu den Kosten der öffentlichen
323 Daseinsvorsorge bei. Damit ist gemeint, was der Staat und die Gemeinden für alle
324 bereitstellen: zum Beispiel Wasser, Energie, Bus und Bahn, Schulen und
325 Krankenhäuser.

326 Als Antwort schlagen wir eine weltweite Mindeststeuer auf sehr große Vermögen
327 vor. Sie orientiert sich an einem Vorschlag des Wirtschaftswissenschaftlers
328 Gabriel Zucman, den er im Auftrag der G20 gemacht hat. Die G20 ist ein
329 Zusammenschluss großer Wirtschaftsmächte der Welt.

330 Das Prinzip ist einfach:

- 331 • Ab einem bestimmten Netto-Vermögen zahlt man jedes Jahr einen bestimmten
332 Prozentsatz davon als Steuer. Netto-Vermögen ist das Vermögen nach Abzug aller
333 Schulden.
- 334 • Es ist egal, in welcher Form das Vermögen vorliegt. Es gibt keine Ausnahmen
335 für Immobilien oder Firmenvermögen.
- 336 • Steuern, die jemand schon tatsächlich zahlt, werden angerechnet. Das heißt:
337 Sie werden von der neuen Steuer abgezogen.
- 338 • Vermögen bis zu einer sehr hohen Grenze bleibt steuerfrei. Diese Grenze heißt
339 Freibetrag. Weil sie so hoch ist, wären in Deutschland nur rund 5.000 Menschen
340 betroffen.
- 341 • Die Steuer ist an die Staatsbürgerschaft gebunden. Sie muss also auch gezahlt
342 werden, wenn jemand ganz ins Ausland zieht. Eine ähnliche Regel gibt es schon
343 heute im Außensteuergesetz, einem Gesetz für Steuerfragen mit Bezug zum Ausland.

344 Der ursprüngliche internationale Vorschlag sieht 2 Prozent pro Jahr vor, ab
345 einem Vermögen von 100 Millionen Euro. Dabei wird aber kaum beachtet, wie stark
346 sehr große Vermögen jedes Jahr wachsen: im Durchschnitt um rund 7 Prozent. Eine
347 Steuer von 2 Prozent bremst diesen Anstieg kaum.

348 Ein Beispiel: Ein Vermögen wächst in einem Jahr um 7 Prozent. Nach 2 Prozent
349 Steuer wächst es immer noch um etwa 5 Prozent.

350 Wir schlagen deshalb einen Satz von 5 Prozent auf sehr große Vermögen vor. Die
351 Steuer soll so aufgebaut sein:

352 Vermögen Steuer pro Jahr

353 keine unter 20 Millionen Euro

354 20 bis 100 Millionen Euro beginnt bei 0,5 Prozent und steigt nach und nach an

355 ab 100 Millionen Euro 5 Prozent

356 Nach Schätzungen würde allein der Satz von 5 Prozent auf Vermögen ab 100

357 Millionen Euro in Deutschland rund 43 bis 56 Milliarden Euro pro Jahr

358 einbringen.

359 Die Erbschaftsteuer reformieren

360 Es gibt bereits einen Vorschlag für eine Reform der Erbschaftsteuer. Diese

361 Reform schließt mehrere Gerechtigkeitslücken, also Lücken im Gesetz, die zu

362 ungerechten Ergebnissen führen.

363 Sie konzentriert sich auf große Erbschaften. Dadurch müssen insgesamt weniger

364 Menschen Erbschaftsteuer zahlen.

365 Zusätzliche Einnahmen könnte vor allem ein progressiver Steuersatz bringen. Das

366 heißt: Je größer das Erbe, desto höher der Steuersatz.

367 Kapitalerträge wie Arbeit besteuern

368 Wir fordern: Kapitalerträge sollen vollständig zur Einkommensteuer gehören. Die

369 pauschale Abgeltungssteuer von 25 Prozent soll dafür abgeschafft werden.

370 Zinsen, Dividenden und realisierte Kursgewinne sollen dann mit dem persönlichen

371 Steuersatz besteuert werden, genau wie Lohn. Dieser Satz ist progressiv: Wer

372 insgesamt mehr Einkommen hat, zahlt einen höheren Satz.

373 • Dividenden sind Gewinne, die ein Unternehmen an alle auszahlt, die seine

374 Aktien besitzen.

375 • Realisierte Kursgewinne entstehen zum Beispiel, wenn man eine Aktie teurer

376 verkauft, als man sie gekauft hat.

377 Auf ausgezahlte Gewinne hat das Unternehmen vorher schon Steuern gezahlt. Das

378 wird mit dem sogenannten Teileinkünfteverfahren berücksichtigt: Dabei wird nur

379 ein Teil dieser Gewinne besteuert.

380 Das ist inzwischen umsetzbar, weil Banken Kapitalerträge automatisch melden.

381 Steuervermeidung begrenzen, Steuerkriminalität bekämpfen

382 Eine gerechte Steuerreform bleibt ohne Wirkung, wenn große Vermögen und Konzerne

383 ihre Steuern weiter gezielt umgehen können. Deshalb gehören zwei Dinge zusammen:

384 höhere Steuern auf große Vermögen und ein konsequenterer Kampf gegen

385 Steuervermeidung und Steuerkriminalität.

386 • Steuervermeidung heißt: Man nutzt Lücken in den Gesetzen, um weniger Steuern

387 zu zahlen.

388 • Steuerkriminalität heißt: Man bricht Gesetze, um keine oder weniger Steuern zu

389 zahlen, zum Beispiel durch Steuerhinterziehung.

390 Nach Schätzungen verliert der Staat jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe. Die
391 Gründe sind aggressive Steuervermeidung, Gewinnverschiebung und organisierte
392 Finanzkriminalität. Gewinnverschiebung heißt: Konzerne verschieben ihre Gewinne
393 in Länder mit niedrigen Steuern.

394 Das schadet auch dem Vertrauen in ein faires Steuersystem. Denn Löhne werden
395 genau erfasst und besteuert. Große internationale Vermögen und Konzerne haben
396 dagegen viele Möglichkeiten, ihre Steuern künstlich zu senken.

397 Wie sich diese Lücken schließen lassen, steht schon ausführlich in einem
398 Beschluss der BDK und in einem Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag. Die BDK
399 (Bundesdelegiertenkonferenz) ist der Bundesparteitag der Grünen.

400 Konkret fordern wir: Große Digitalkonzerne sollen ihre Steuern nicht mehr so
401 leicht durch Steuergestaltung senken können. Steuergestaltung heißt: Ein Konzern
402 baut seine Geschäfte so auf, dass er möglichst wenig Steuern zahlt. Das
403 entspricht dem Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag für eine europäische
404 Digitalsteuer.